

Presseinformation

Offenbach, 21. März 2019

Polizeiliche Kriminalstatistik 2018:

- § Niedrigste Kriminalitätsbelastung seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahr 2001
- § Zwei von drei Straftaten werden aufgeklärt
- § Straßenkriminalität seit 2001 halbiert
- § Erneut weniger Wohnungseinbrüche
- § Südosthessen bleibt sicher

„Die Kriminalitätsbelastung ist im Jahr 2018 erneut gesunken: Mit genau 45.060 Straftaten wurden 71 Fälle weniger gezählt als noch im Vorjahr (-0,2 Prozent). Das ist der niedrigste Wert seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahr 2001.

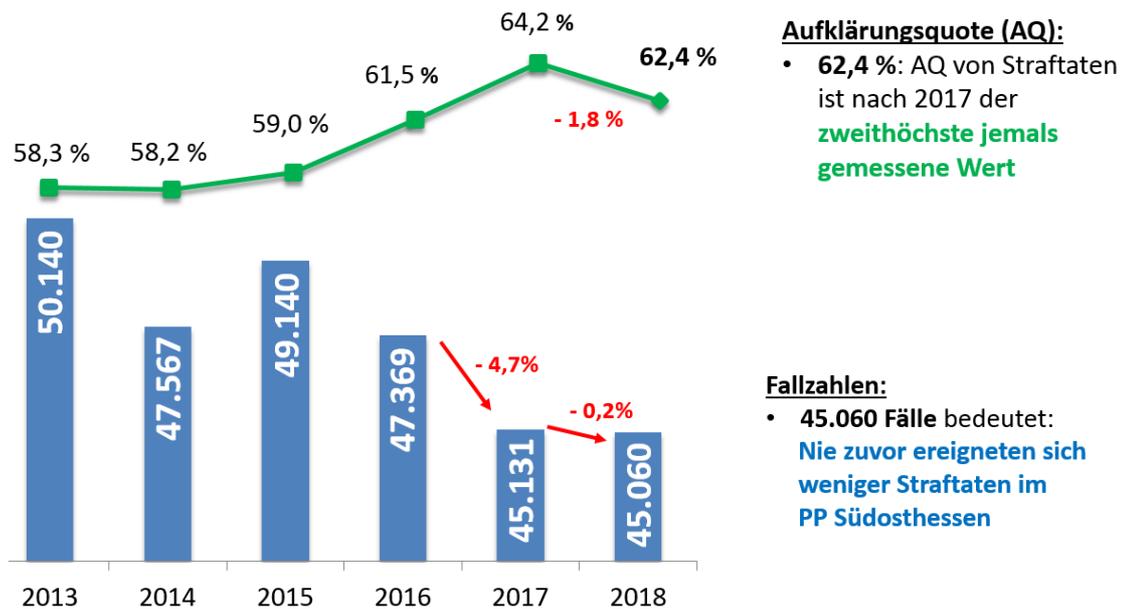
Die Kriminalitätsbelastung ist mit 5.026 Straftaten pro 100.000 Einwohner ebenfalls weiter gesunken (2017: 5.064). Im Hessenschnitt liegt sie bei 5.971 – es ist somit festzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region „Südosthessen“ besonders sicher leben.

Mit einer Aufklärungsquote von 62,4 Prozent aller Straftaten erreichten wir den zweitbesten Wert nach dem Rekord im Vorjahr (64,2 Prozent).

Wohnungseinbruchsdelikte, die von der Bevölkerung als besonders beeinträchtigend wahrgenommen werden, konnten erneut minimiert werden. Mit 1.180 Straftaten gingen die Wohnungseinbrüche um 80 Delikte (-6,3 Prozent) und damit bereits zum dritten Mal in Folge zurück“, so umriss Polizeipräsident Roland Ullmann bei der Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2018 die wesentlichen Kennzahlen.

„Dieser Erfolg ist ein Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Südosthessen, denen ich für Ihre engagierte und motivierte Arbeit danke. Ein Dank geht aber auch an unsere Landesregierung, die Rahmenbedingungen geschaffen hat, die ebenfalls für einen solchen Erfolg notwendig sind. Hier seien beispielhaft ein Mehr an Personal durch die Einstellungsoffensive und die Anschaffung modernster Arbeitsmittel genannt“, stellte der Behördenleiter fest.

Darstellung 1: Entwicklung der Gesamtfallzahlen und der Aufklärungsquote des Polizeipräsidiums



Straßenkriminalität seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen halbiert

Die Straßenkriminalität ist im Vergleich zum Vorjahr (9.448 Delikte) zwar um 364 Delikte (3,9 Prozent) angestiegen, konnte auf lange Zeit gesehen jedoch dank entschlossener Polizeiarbeit in den vergangenen 18 Jahren messbar eingedämmt werden: Die Zahl der Fälle hat sich seit der Gründung des Polizeipräsidiums Südosthessen annähernd halbiert (2001: 18.874; 2018: 9.812), während sich die Aufklärungsquote nahezu verdreifacht hat (2001: 9,8 Prozent; 2018: 28,9 Prozent).

In die Kategorie Straßenkriminalität fällt eine Vielzahl von Delikten, die im öffentlichen Raum begangen werden. Rückgänge wurden im Vergleich zum Vorjahr beim Straßenraub (-35 Fälle [-17,2 Prozent]) auf nunmehr 169 Delikte und bei den Straßendiebstählen (-256 Fälle [-4,4 Prozent]) auf 5.618 Delikte registriert.

Insbesondere die Zunahme von 498 Sachbeschädigungen an Fahrzeugen, unterschiedlich stark verteilt auf alle unsere Regionen, auf nun 2.579 Fälle (+23,9 Prozent) und sonstiger Sachbeschädigungen auf Straßen um 82 auf aktuell 657 Fälle (+14,3 Prozent) führten bei der Straßenkriminalität zu einem Anstieg.

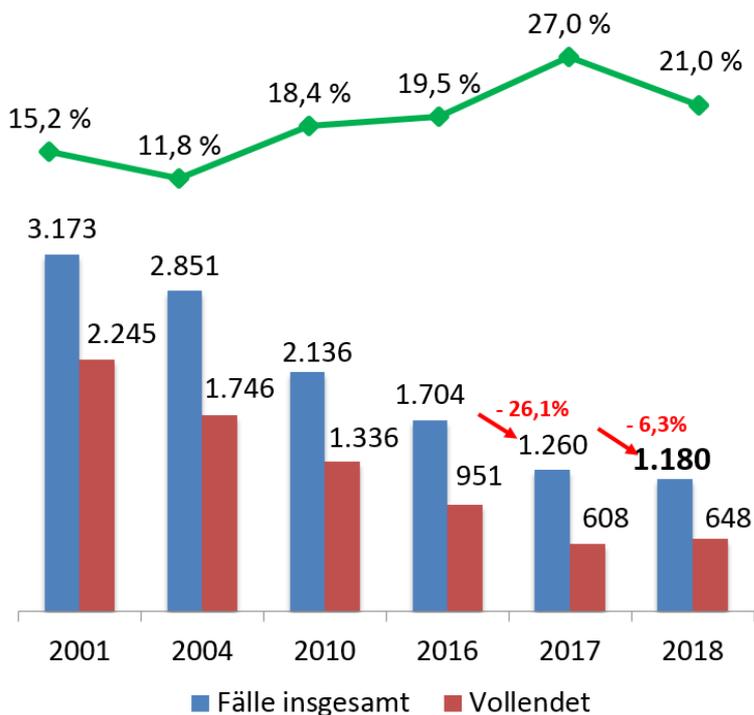
Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) auf Rekordmarke gesenkt

„Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Wohnungseinbrüche um 6,3 Prozent ab. Mit 1.180 Fällen zählten wir nochmals 80 Delikte weniger. Seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahr 2001 (mit 3.173 Einbrüchen) ist das der niedrigste Wert – wir konnten die WEDs damit fast um zwei Drittel reduzieren. Allerdings war gegen diesen Trend in der Stadt Offenbach nach der starken Abnahme im Vorjahr nun ein Anstieg zu verzeichnen“, so Claus Spinnler, Leiter der Abteilung Einsatz.

Die Aufklärungsquote sank zwar, liegt mit 21,0 Prozent aber noch immer über dem Landesdurchschnitt (19,2 Prozent).

Darstellung 2: Entwicklung beim Wohnungseinbruchsdiebstahl

Wohnungseinbruchsdiebstahl (WED)



Aufklärungsquote WED :

- **2018: 21,0 %**
(Landesdurchschnitt liegt bei **19,2 Prozent**)

Fallzahlen WED:

- Einbrüche nahmen im Vergleich zum Vorjahr um **6,3 Prozent** ab
- Im Vergleich zu 2016 sind die Fallzahlen somit **um 30,8 Prozent gesunken**
- Im Vergleich zu 2001 sind die Fallzahlen sogar **um 65,8 Prozent gesunken**

Neben einem anhaltend hohen Kontrolldruck mit täterorientierten Ermittlungen setzt die hessische Polizei bewusst auf kostenlose kriminalpolizeiliche Beratungen für Bürgerinnen und Bürger. Alleine im Polizeipräsidium Südosthessen führten die dortigen Experten 445 Objektberatungen vor Ort und 1.075 Beratungen in unseren Polizeiläden in Offenbach und Hanau durch, daneben waren sie auch auf verschiedenen Messen im Einsatz. Insbesondere durch besser geschützte Türen und Fenster gingen Einbrecher in 532 Fällen (und somit fast in der Hälfte der registrierten Taten) leer aus, es blieb beim Einbruchversuch.

Mit der bundesweit einzigartigen Prognosesoftware KLB-operativ steht den Polizisten zudem ein effektives Computer-Programm zur Verfügung, um insbesondere Einbruchsserien frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

Diebstahl allgemein – seit 2001 mehr als halbiert

Der Diebstahl insgesamt war binnen Jahresfrist leicht rückläufig; mit 15.422 Delikten wurden 31 weniger registriert (-0,2 Prozent) als im Vorjahr und seit 2001 (33.681 Fälle) hat er sich mehr als halbiert. Während der einfache Diebstahl um 275 (+3,8 Prozent) auf 7.598 Delikte anstieg (bei einer Aufklärungsquote von 41,5 Prozent), reduzierte sich der schwere Diebstahl um 306 (-3,8 Prozent) auf nunmehr 7.824 Delikte (Aufklärungsquote 28,1 Prozent).

Löwenanteil beim einfachen Diebstahl bilden die Ladendiebstähle mit 2.282 Fällen (+55 Fälle entspricht +2,5 Prozent), beim schweren sind es die Diebstähle aus Kfz mit 1.398 (-104 Fälle, -6,9 Prozent), von Fahrrädern mit 1.751 Delikten (-69 Fälle, -3,8 Prozent) und die bereits zuvor beschriebenen Wohnungseinbruchsdiebstähle.

Raub und räuberische Erpressung – seit 2001 mehr als halbiert

Im Deliktsfeld Raub und räuberische Erpressung konnten die Fälle seit Gründung des PP SOH mehr als halbiert werden (2001: 696; 2018: 346). Die Fallzahlen sanken auch im Vergleich zum Vorjahr - und zwar um 3,1 Prozent; die Aufklärungsquote sank leicht auf 60,4 Prozent (nach starken 63 Prozent im Vorjahr).

Rauschgiftkriminalität leicht gestiegen – weiterhin hohe polizeiliche Kontrolldichte

Rauschgiftdelikte stiegen um 61 Fälle (+1,5 Prozent) auf 4.080 Straftaten an, die Aufklärungsquote lag bei 93,1 Prozent (Vorjahr: 95,7). In 2.878 Fällen war Cannabis ausschlaggebend (Vorjahr: 2.727 Fälle). Der leichte Anstieg der Rauschgiftdelikte ist auf die weiterhin hohe Kontrolltätigkeit der Polizei zurückzuführen.

Körperverletzung leicht angestiegen

Die Anzahl von Körperverletzungen stieg um 140 Fälle (3,8 Prozent) auf 3.853 Straftaten. Hiervon konnten 93,0 Prozent (Vorjahr: 92,8 Prozent) aufgeklärt werden. Bei rund zwei Drittel der Delikte (2.578; Vorjahr: 2.493 [+85 Fälle; +3,4 Prozent]) handelt es sich um Fälle leichter Körperverletzung (AQ: 95,3 Prozent; Vorjahr: 94,5 Prozent).

Die Zahl der gefährlichen Körperverletzungsdelikte auf Straßen, Wegen und Plätzen stieg um 44 Fälle (+8,6 Prozent) auf 554 Delikte; die Aufklärung blieb mit 81,6 Prozent unverändert.

„Der Kriminalität im öffentlichen Raum treten wir offensiv entgegen. Durch gesteigerte polizeiliche Präsenz erhöhen wir einerseits den Schutz für potentielle Opfer und schrecken andererseits Täter ab. Durch erhöhten Kontrolldruck verunsichern wir das Täterklientel und erhalten wertvolle Hinweise über dessen Vorgehensweisen.

Aber auch durch technische Maßnahmen schaffen wir ein mehr an Sicherheit. Beispielsweise sei hier die Videoüberwachung benannt. Die Anlage in der Hanauer Innenstadt wurde im Sommer 2018 in Betrieb genommen und hat allein in 2018 wesentlich zur Ermittlung von Tätern in 4 Fällen verholfen. Und auch in diesem Jahr konnten wir bereits 2 Tatverdächtige mit Hilfe der Kameras ermitteln“, so Karl-Heinz Becker, Leiter Kriminaldirektion.

Internetkriminalität leicht zurückgedrängt

Zum zweiten Mal in Folge konnte die Internetkriminalität zurückgedrängt werden: Wurden im Jahr 2016 noch 2.886 Delikte registriert, so waren es im Jahr darauf 2.334 und im aktuellen Betrachtungszeitraum 2.224. Dies steht für ein Minus von 110 Fällen (-4,7 Prozent) binnen Jahresfrist, innerhalb von zwei Jahren sogar für eine Abnahme um 662 Fälle (-22,9 Prozent). Die Aufklärungsquote nahm leicht ab, liegt aber noch immer bei 89,1 Prozent. Bei rund 71 Prozent der Internetkriminalität handelt es sich um Vermögensdelikte (Betrug).

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung – Anstieg nach Gesetzesnovellierung
Die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind binnen Jahresfrist um 115 Delikte auf 636 (Vorjahr 521) Delikte angestiegen – eine Entwicklung, die auch hessenweit zu konstatieren war. Die Aufklärungsquote lag bei 78,0 Prozent.

In 35 Fällen (5,5 Prozent) handelte es sich bei den Tatverdächtigen um Zuwanderer; im Jahr zuvor waren dies noch 19 Tatverdächtige.

Der Anstieg ist insbesondere im Main-Kinzig-Kreis mit einer Zunahme von 105 Delikten zu verzeichnen. Wesentlich zu dieser Steigerung dürften insgesamt 4 Serien im Main-Kinzig-Kreis mit fast 100 Fällen geführt haben, bei denen die Vorwürfe insbesondere sexuelle Belästigung, Exhibitionismus und sexueller Missbrauch lauteten. Im Fokus dieser Ermittlungen standen vier erwachsene Männer.

„Um Opfern von Sexualdelikten den Schritt zur Anzeige zu erleichtern, haben wir - auch gemeinsam mit anderen Trägern - Angebote geschaffen. Genannt sei hier die Einrichtung unserer Opferschutzbeauftragten und der Opferschutzkoordinatoren bei den Direktionen. Gemeinsam kümmern sie sich innerhalb der Behörde um die Opferschutzbelange, führen interne Schulungen durch und dienen als Ansprechpartner für alle Fragen des Opferschutzes und der Opferhilfe intern und extern.

Ein weiterer Schritt zu einem geänderten Anzeigeverhalten ist in der Novellierung des Strafrechts im Jahre 2016 zu sehen. Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung wurde gestärkt, die Anzahl der Straftatbestände im diesem Bereich wurde schrittweise von 56 auf aktuell 66 angehoben, die Schwelle zur Strafbarkeit sexualisierter Gewalt damit gesenkt, das „Nein heißt Nein“ damit stärker beachtet als je zuvor. Das hat natürlich auch Auswirkung auf die polizeiliche Kriminalstatistik“, erklärte der Kripo-Chef.

Gemeinsam für mehr Sicherheit

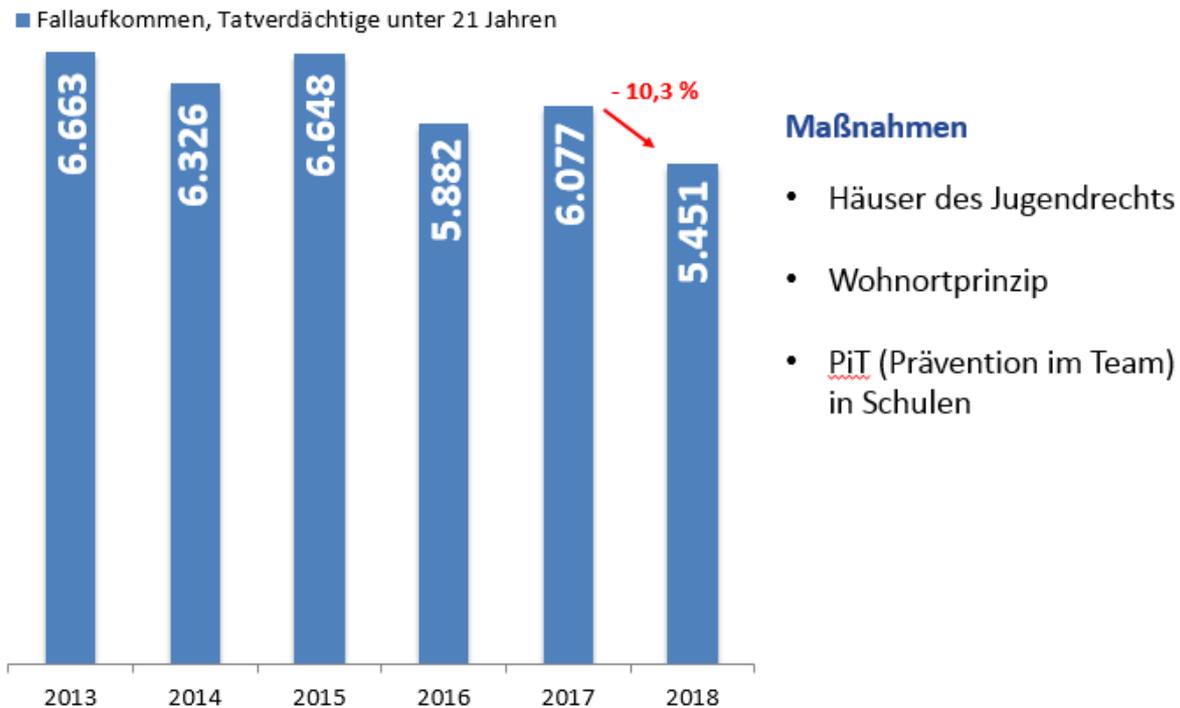
Neben einer starken polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum ist die Prävention ein gutes Mittel, Straftaten zu reduzieren. Hierbei sollten Bürger, Kommunen und Polizei zielgerichtet an gemeinsamen Strategien arbeiten, um passgenaue Lösungen zur Stärkung der messbaren lokalen Sicherheit, aber auch des Sicherheitsgefühls, zu finden.

Mit dem Projekt „KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel“ wurde durch die Landesregierung ein solches Instrument geschaffen. Mit Hanau und Maintal gingen bereits im Jahr 2017 zwei Modellkommunen an den Start, im Jahr 2018 traten Neu-Isenburg und Mühlheim bei; inzwischen ist auch Rödermark teilnehmende Kommune, Dietzenbach steht unmittelbar vor dem Beitritt, Langenselbold, Bad Orb und Bad Soden-Salmünster haben Interesse bekundet.

Jugendkriminalität um 10,3 Prozent gesunken

Registrierte Straftaten, die durch tatverdächtige Jugendliche (Tatverdächtige unter 21 Jahre) begangen wurden, haben deutlich abgenommen. Binnen Jahresfrist sanken sie von 6.077 Delikten auf 5.451 Straftaten. Das sind 626 Delikte weniger (-10,3 Prozent).

Darstellung 3: Entwicklung der Jugendkriminalität (Fallzahlen).



„Gerade bei Jugendlichen gilt es, frühzeitig gegen delinquentes Verhalten vorzugehen, um eine Verfestigung krimineller Verhaltensmuster zu verhindern. Eine dauerhafte Reduzierung der Jugendkriminalität erreichen wir durch gezielte Präventionsarbeit. Mit „Prävention im Team“, kurz PiT, setzen wir beispielsweise in den Schulen an.

Gleichzeitig wurden die Bekämpfungskonzepte gegen Jugendkriminalität optimiert. So wurde etwa das übliche Tatortprinzip bei der Bearbeitung von Straftaten durch Jugendliche vom Wohnortprinzip der jugendlichen Straftäter abgelöst. Dadurch ist eine engere polizeiliche Betreuung der straffällig gewordenen Jugendlichen möglich.

Mit einem weiteren Baustein sind wir Anfang des Jahres an den Start gegangen: In der Stadt Offenbach wurde ein Haus des Jugendrechts eingerichtet. Dort arbeiten Stadt, Justiz und Polizei unter einem Dach, um Straftaten delinquenten Jugendlicher möglichst zeitnah gemeinsam zu beurteilen und eng das weitere Vorgehen abzustimmen, damit ein dauerhaftes Abgleiten in die Kriminalität verhindert werden kann.

Die Einrichtung eines weiteren Hauses des Jugendrechts in unserem Zuständigkeitsbereich ist bereits beschlossene Sache: In Hanau wird derzeit ein Haus des Jugendrechts errichtet. Nach aktuellem Planungsstand wird es im kommenden Jahr in Betrieb genommen.

Ich bin sicher, dass dieses Bündel wegweisender Maßnahmen seinen Niederschlag in der Statistik fand und weiterhin finden wird“, so Ullmann.

Übergriffe auf Polizisten sind stark angestiegen

Die Zahl der Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten stieg im Jahr 2018 stark an. Mit 497 Übergriffen wurden 96 (+23,9 Prozent) mehr registriert als im Jahr 2017 (401 Delikte).

Aber auch die Angriffe auf Rettungskräfte und Feuerwehrleute sind gestiegen. So haben sich binnen Jahresfrist die Übergriffe gegen die Retter von 11 auf 22 verdoppelt.

Hier begrüßt der Polizeipräsident ausdrücklich, dass auf Initiative des Hessischen Innenministers Peter Beuth der Bundestag beschlossen hatte, dass Übergriffe auf Vollstreckungsbeamte, aber auch auf Feuerwehrleute und Rettungskräfte früher registriert und härter bestraft werden - solche Angriffe werden seither mit mindestens drei Monaten Freiheitsstrafe geahndet (nach §114, bzw. §115 StGB) und sollten künftig mit einer Mindeststrafe von sechs Monaten bestraft werden.

Aber auch für den aktiven Schutz der Polizistinnen und Polizisten des Landes Hessen hat die Landesregierung gesorgt und als „Mannausstattung“ verbesserte ballistische Schutzwesten mit Schnitt- und Stichschutz angeschafft.

Leichter Anstieg der Allgemeinkriminalität bei Zuwanderern

Im Kontext der Zuwanderung - dabei handelt es sich um Straftaten, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde - wurden 1.936 aufgeklärte Straftaten erfasst (2017: 1.821). Dies steht für einen Zuwachs von 115 Fällen (+6,3 Prozent).

Die Anzahl der Straftaten ohne aufenthaltsrechtliche Verstöße, bei denen ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde, lag im Jahr 2018 mit 1.090 Fällen um 5,1 Prozent höher als noch im Vorjahr (1.037 Fälle).

In Hessen hat die Aufenthaltsbeendigung von Personen, die sich nicht an die Rechtsordnung halten, besondere Priorität. Dabei wurde innerhalb der Polizei bereits im Juli 2016 das Programm „Besonders auf- und straffällige Ausländer“ (BasA) entwickelt und umgesetzt. Ziel des Konzeptes ist neben der konsequenten Strafverfolgung auch die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen bei Intensivtätern.

Im Rahmen des Programmes BasA beendete im Kalenderjahr 2018 die Kriminalpolizei für Stadt und Kreis Offenbach den Aufenthalt für insgesamt 13 Zuwanderer, die für 370 Fälle in der Vergangenheit verantwortlich gemacht werden. Durch die Kriminalpolizei des Main-Kinzig-Kreises wurden in 2018 drei weitere „BasA-Probanden“ abgeschoben.

Auch für das laufende Jahr stehen schon fünf besonders auf- und straffällige Ausländer im Fokus der polizeilichen Ermittler, die in der Summe für 591 Fälle verantwortlich gemacht werden und bei zu erwartendem Verfahrensverlauf noch im Jahr 2019 abgeschoben werden können.

In 2018 wurden beim Regierungspräsidium Darmstadt die Abschiebungen zentralisiert und Aufgaben der örtlichen Ausländerämter nach dort abgegeben. In der „GAI - Gemeinsame Arbeitsgruppe Intensivtäter“ arbeiten Ausländerbehörde und Polizei Hand in Hand. Diese

Maßnahme wurde von den mit Kriminalität durch Zuwanderern befassten Kommissariaten in Offenbach und Hanau begrüßt, denn die Arbeitsprozesse gestalten sich dadurch effizienter.

Politisch motivierte Kriminalität um ein Viertel gesunken

Für den Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurden für 2018 insgesamt 88 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 117 Straftaten bedeutet dies einen Rückgang um 29 Fälle (-24,8 Prozent).

Mit 31 Delikten (gleichbedeutend mit 35,2 Prozent) bilden die Propagandadelikte im Bereich der PMK wie im Jahr 2017 (35 Fälle) den größten Anteil innerhalb dieses Deliktsbereichs.

PMK „Rechts“ sank um 14 Delikte (-26,4 Prozent) auf 39 Delikte (Vorjahr: 53).

PMK „Links“ sank um 5 Delikte (-38,5 Prozent) auf 8 Delikte (Vorjahr: 13).

PMK „Ausländische Ideologie“ stieg um 5 Delikte (+100 Prozent) auf 10 Delikte (Vorjahr: 5).

PMK „Religiöse Ideologie“ blieb unverändert bei 5 Delikten.

Die nicht zu zuordnenden PMK-Delikte sanken um 15 Delikte (-36,6 Prozent) auf 26 Delikte (Vorjahr: 41).

Fazit

„Die schon seit Jahren erkennbare erfreuliche Entwicklung der Kriminalstatistik hat sich auch im Jahr 2018 fortgesetzt. Wir registrierten so wenig Straftaten wie nie zuvor. Das bedeutet, dass nie zuvor weniger Menschen unserer Region Opfer einer Straftat wurden.

Die Aufklärungsquote stellt mit 62,4 Prozent den zweitbesten Wert dar. Annähernd zwei von drei Straftaten konnten wir aufklären. Das bedeutet für Straftäter ein hohes Risiko, entdeckt und zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Auf diesen Erfolgen werden wir uns aber nicht ausruhen, sondern sie sind uns Anreiz, auch zukünftig für die Bürgerinnen und Bürger unserer Region alles daran zu setzen, dass Sie auch weiterhin gerne und sicher hier leben“, versprach Polizeipräsident Roland Ullmann.